

Niederschrift

zur 18. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag, dem 01. Februar 2018,
um 20.00 Uhr, im Gemeinschaftsraum der Altenstadthalle

Anwesenheit:

Anwesend	Entschuldigt	Untentschuldigt	Name, Vorname	Anwesend	Entschuldigt	Untentschuldigt	Name, Vorname
			<u>SPD-Fraktion</u>				<u>Bündnis 90/Die Grünen</u>
X			Brando, Markus	X			Ventulett, Karl
X			Dietzel, Dieter	X			Lederer, Gisela
X			Seitz, Jürgen	X			Reifschneider, Ursula
X			Schilling, Sabine	X			Lederer, Martin
X			Agdas, Ali Riza	X			Heidke, Norbert (ab TOP 18/0299)
X			Horn, Rebecca (ab TOP 18/0299)				
X			Fröhlich, Gisela				<u>FDP-Fraktion</u>
X			Voß, Jan (ab TOP 18/0301)	X			Platen, Christoph
X			Sulzmann, Peter	X			Baumann, Natascha
X			Keßler, Dominik	X			Bialek, Armin
			<u>CDU-Fraktion</u>				<u>NPD-Fraktion</u>
X			Lipp, Sabine	X			Jagsch, Stefan
X			Vogler, Daniel	X			Rösel, Joachim
X			Keim, Christian	X			Drescher, Daniel
	X		Leonhardt, Falk	X			Würz, Tobias
X			Mikusch, Helmut				
X			Wenzel, Anja				
X			Müller-Winter, Sven				<u>Gemeindevorstand</u>
X			Messerschmidt-Holzapfel, Otto	X			Syguda, Norbert
X			Stahl, Pia	X			Zientz, Werner
				X			Baumann, Michael
			<u>FWG-Fraktion</u>	X			Vogler, Michael
X			Pinsel, Lucia	X			Wehr, Harro
X			Urbanek, Klaus-Dieter	X			Wörner, Horst
X			Korn, Elke		X		Weil, Günther
X			Ott, Lukas		X		Hufnagel, Eva
X			Müller, Peter	X			Pfeffer, Claus
X			Dr. Jachens, Arne				
							<u>Schriftführer</u>
				X			Imhof, Dominic

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Jürgen Seitz, eröffnete die Sitzung um 20:03 Uhr, stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte alle Anwesenden.

Vor Eintritt der Tagesordnung wurde angefragt, warum der TOP „Antrag der FDP-Fraktion: Festlegung der Vorgehensweise zur Umsetzung des neuen Haushaltsrechts (TOP 11/0171 vom 31.03.2017)“ nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Dieser wurde im November im Gemeindevorstand beraten und es wurde auch ein Beschluss gefasst.

Beschlussfassung:

18/0297 Beschlussfassung über Einwendungen zur Niederschrift

Es lagen keine Einwände über die Niederschrift zur 17. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom Freitag, dem 08. Dezember 2017, vor.

18/0298 Mitteilungen und Bericht des Bürgermeisters

1. Einer Firma aus Raunheim wurde der Auftrag zur Pflege des Begleitgrüns der Ortsteile Oberau-Süd, Teilbereiche Waldsiedlung und Altstadt für den Ausführungszeitraum vom 01.03.2018 bis 30.11.2020 in Höhe von 87.693,48 € incl. MWST erteilt.
2. Der Auftrag zur Straßenreinigung für die gemeindlichen Flächen in Altstadt wurde an eine Firma aus Büdingen für eine Laufzeit vom 01.03.2018 bis 28.02.2021 mit einem jährlichen Auftragswert in Höhe von rd. 44.200,00 € incl. MWST vergeben.
3. Das vorläufige Ergebnis des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 der Gemeinde Altstadt weist einen Überschuss von 1.130.000 € aus (ordentliches Ergebnis = - 303.600 € / außerordentliches Ergebnis + 1.433.600 €). Dies stellt eine Verbesserung zum Planansatz von rd. 1,3 Mio. € dar.
Das vorläufige Ergebnis zum Jahresabschluss 31.12.2017 weist zum heutigen Stand einen Überschuss von rd. 2.763.000 € aus (ordentliches Ergebnis + 1.398.000 € / außerordentliches Ergebnis + 1.365.000 €). Dies stellt eine Verbesserung zum geplanten Ergebnis für 2017 von rd. 1,74 Mio. € dar.
4. Lt. einer aktuellen Lärmberechnung von HessenMobil für den Teilbereich der Landesstraße L3189 in dem Abschnitt zwischen B 521 und Einfahrt Obergasse können mit einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 km/h keine Verbesserung der Lärmemissionen erreicht werden. Somit wird auch weiterhin eine angestrebte Geschwindigkeitsreduzierung von allen übergeordneten Behörden abgelehnt. Eine Realisierung der Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 km/h ist somit nicht mehr möglich.

5. Einer Firma aus Ginsheim-Gustavsburg wurde der Auftrag zur Sinkkastenreinigung für die Laufzeit vom 01.03.2018 bis 28.02.2021 zum jährlichen Auftragswert von rd. 9.900,00 € incl. MWST erteilt.

18/0299

Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern

1. Im Ortsteil Altstadt hatte die Feuerwehr am ersten Weihnachtsfeiertag im Altstadtbereich einen Einsatz. Aufgrund der engen Parkweise vor Ort ist die Feuerwehr kaum durchgekommen. Hier gab es bereits in 2017 eine Befahrung durch die Feuerwehr, wo auch festgestellt wurde, dass an einigen Stellen ein Durchkommen mit einem Feuerwehrfahrzeug kaum möglich ist.

Bgm. Syguda erläutert, dass das Ergebnis der Befahrung mit der Feuerwehr im Herbst 2017 in der nächsten Sitzung der Straßenverkehrskommission behandelt wird.

2. Es wurde angefragt, ob der Standort „Stauweiher“ für eine neue Kindertagesstätte definitiv vom Tisch ist.

Bürgermeister Syguda erläuterte, dass anstatt eines Neubaus auf dem Spielplatz „Stauweiher“ der Anbau der bestehenden Kindertagesstätte geplant ist. Diese Beratung ist Bestandteil der heutigen Tagesordnung.

3. In der Sitzung vom 08.12.2018 wurde beschlossen, die Gehwege mit den Rechteckplatten zu erneuern. Hierzu wurden folgende Fragen gestellt:
 - a) Wann wurden die Gehwege ungefähr erstellt?
 - b) Wie wurden die Gehwege unterhalten und instandgesetzt?
 - c) Nach welcher Systematik wurde vorgegangen?
 - d) Wie wurde die Unterhaltung und Instandsetzung dokumentiert?
 - e) Welche Beiträge kommen auf die Anlieger zu?

Bürgermeister Syguda erläuterte, dass die Rechteckplatten sukzessive erneuert werden. Im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht werden diese Platten auch ständig überprüft. Es gibt eine Dokumentation über die Gehwegbereiche in ganz Altstadt. Die Erneuerung der Gehwege erfolgt dann nach der Rangfolge der Schadenseinstufung. Eine grundhafte Erneuerung der Gehwege führt derzeit noch zu einer Beitragspflicht für die Anlieger.

4. Im Juli 2016 hat der Bürgermeister eine Erklärung zur Organisationsuntersuchung im Kreis-Anzeiger abgegeben. Hierzu wurde angefragt, welche Maßnahmen seitdem ergriffen wurden, um die dort aufgeführten Mängel zu beseitigen.

Bürgermeister Syguda antwortete hierauf, dass die Erklärung gegenüber dem Kreis-Anzeiger weiterhin gilt, da bis zu dem heutigen Tage langzeiterkrankte Arbeitskräfte im Rathaus ersetzt werden mussten. Die jetzt allen vorliegenden Organisations- und Personalanalyse hat aufgezeigt, dass aktuell Überstunden im Umfang von zwei Vollzeitstellen anlaufen. Genau diese Stellen in diesen Bereichen werden jetzt stundenweise erhöht, Arbeitsbereiche angepasst oder neu geschaffen.

5. Der Haushalt für 2018 stand bereits auf der Tagesordnung der Gemeindevertretung im Dezember 2017 und wurde aufgrund des Fehlens von wichtigen Unterlagen zum 2. Ergebnis der Personal- und Organisationsanalyse vertagt. Hierzu wurde angefragt, warum der zweite Teil der Organisationsuntersuchung erst auf Anforderung der Gemeindevertretung vorgelegt wurde und wie die persönliche Einschätzung des Bürgermeisters zu den zentralen Vorschlägen des Gutachters der Organisationsanalyse ist.

Bürgermeister Syguda antwortete hierzu, dass die Haushaltsberatung sich verzögert hatte, da die Organisationsuntersuchung noch nicht durch den Verfasser im Ausschuss vorgestellt wurde. Das Ergebnis an sich hat den Mitgliedern der Gemeindevertretung jedoch bereits schriftlich vorgelegen. Der Gemeindevorstand und der Bürgermeister werden nunmehr die Vorschläge aus der Organisationsuntersuchung beraten und über deren Umsetzung entscheiden.

18/0300 Organisations- und Personalanalyse für die Kernverwaltung der Gemeinde Altenstadt

Nach erfolgter Beratung im Haupt- und Finanzausschuss am 22.01.2018 wurde die Organisations- und Personalanalyse für die Kernverwaltung der Gemeinde Altenstadt zur Kenntnis genommen.

18/0301 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung sowie den Haushaltsplan 2018 mit Anlagen der Gemeinde Altenstadt

Investitionsprogramm

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wurde folgender Beschluss gefasst:

Auf Wunsch des Elternbeirates der Kindertagesstätte Höchst werden bei Investitionsgruppe „01 Kindertagesstätten“ (Seite 50/51) Mittel in Höhe von 5.000 € für die Anbringung von Fliegenschutzgittern im Kindergarten Höchst „Neu“ eingestellt.

Bei Invest. Nr. 3.00008 (Seite 52 oben) „Erwerb von Geräten – Notfallposition“ muss der Ansatz im **Finanzplan 2019** richtigerweise – 3.500 € lauten.

Auf Seite 53 ist bei Invest. Nr. 3.00122 „Neubeschaffung LF 10 KatS FF Oberau“ der Planansatz von 30.000 € um 75.000 € auf 105.000 € zu erhöhen.

Die Planansätze für Landeszuschüsse auf den Seiten 53 und 54 werden wie folgt erhöht:

Investition 3.00131 (Landeszuschuss TLF 4000S FF Altenstadt) im **Finanzplan 2019** von 50.000 € um 17.500 € auf 67.500 €.

Investition 3.00144 (Landeszuschuss DLK FF Altenstadt) im Jahr 2018 von 153.000 € um 16.500 € auf 169.500 €.

Investition 3.00147 (Landeszuschuss LF 10 FF Lindheim) im Jahr 2018 von 59.000 € um 1.600 € auf 60.600 €.

Auf Antrag des Ortsbeirates Höchst werden bei Investitionsgruppe „04 Bürgerhäuser“ (Seite 54/55) Mittel in Höhe von 10.000 € für die Erneuerung der Beschallungsanlage der Gymnastikhalle Höchst „Neu“ eingestellt.

Bei Invest. Nr. 2.90097 (Seite 55 unten) „Kunstrasenplatz“ sind für 2018 Planungskosten in Höhe von 50.000 € zu veranschlagen.

Unter der Investitionsgruppe „06 Straßen“ (Seite 56/57) ist eine neue Investitionsnummer mit dem Text „Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum“ zu bilden und ein Planansatz von 100.000 € für 2018 vorzusehen. Dabei ist u.a. die behindertengerechte Absenkung von Gehwegen für das „Alten- und Behindertengerechte Wohnen“ angedacht.

Für die Maßnahme „Ortsdurchfahrt Enzheim“ bei Invest. Nr. 2.80007 (Seite 57) sind im Rahmen der Beschlussfassung des Straßenbauprogrammes für die Planungskosten insgesamt 15.000 € vorgesehen. Im Haushaltsplan 2018 ist hier noch ein Ansatz von 5.000 € zu veranschlagen (Restmittel von 10.000 € kommen aus 2017).

Zur Investition 2.90009 „Ersatzbeschaffung eines Kraftfahrzeuges“ (Seite 58) ist vor Ausschreibung alternativ ein Elektrofahrzeug anzufragen ist.

Bezüglich des Radwegebaus Altenstadt-Waldsiedlung (ehemaliges Bahngleis) und Waldsiedlung-Höchster Kreuz betreffend die Invest. Nr. 2.90085 „Zuschuss Asphaltierung Radweg Altenstadt-Waldsiedlung“ (Seite 59) und Invest. Nr. 2.90084 „Asphaltierung Radweg Altenstadt-Waldsiedlung“ (Seite 62) sind die Planansätze wie folgt zu korrigieren:

Zuschuss Inv. Nr. 2.90085 von 24.000 € um 64.400 € auf 88.400 € erhöhen.
Ausgabe Inv. Nr. 2.90084 von 50.000 € um 59.400 € auf 109.400 € erhöhen.

Zur Verbesserung der Übersicht ist seitens der Verwaltung zu prüfen, ob die Investitionen unter der Investitionsgruppe 20 „Software“ (Seite 64) der Investitionsgruppe 14 „EDV“ (Seite 61) zugeordnet werden können.

Dem Investitionsprogramm auf den Seiten 50 – 64 wird mit den beschlossenen Änderungen zugestimmt.

Der Beschluss zum Investitionsprogramm wurde einstimmig gefasst.

Stellenplan:

Die NPD-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:
Für den Kostenträger 12200201 „Ordnungsamt“ wird eine weitere Stelle bei der Entgeltgruppe 8 TVÖD ausgewiesen und direkt zusätzlich ausgeschrieben (Stelle eines Ordnungspolizisten)

Der Antrag wurde mit 4 Ja-, 31 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Die NPD-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:
Die zusätzlich eingerichtete Stelle für die Grünflächenpflege für den Kostenträger 57321010 „Bauhof/Fuhrpark“ wird ohne Sperrvermerk

geschaffen. Aber es wird trotzdem der Gemeindevorstand beauftragt, dass ein Organisationsplan vorgelegt wird.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellten hierzu folgenden Änderungsantrag:

Die vom GVO vorgeschlagene Stelle für den Bauhof wird unverzüglich ausgeschrieben. Ein Organisationsplan des Bauhofes ist der Gemeindevertretung vorzulegen. Der Sperrvermerk wird aufgehoben.

Die SPD-Fraktion stellte hierauf folgenden weiterführenden Antrag:
Der Sperrvermerk für die Stelle in der Grünflächenpflege wird aufgehoben und die Stelle ohne Organisationsuntersuchung im Stellenplan bereitgestellt.

Zur Abstimmung kam zuerst der weiterführende Antrag der SPD-Fraktion. Dieser wurde mit 21 Ja-, 15 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wurde anschließend folgender Beschluss gefasst:

1. Es werden zusätzlich zwei Vollzeitstellen für Erzieher/innen für alle fünf Kindertagesstätten ausgewiesen (Personalkosten 78.600 €).
2. Für den Bereich Tourismus wird unter dem Kostenträger 57501010 „Leistungen im Rahmen der Tourismusförderung“ eine 20 Std.-Stelle nach Entgeltgruppe 3 TVöD ausgewiesen (Personalkosten 14.100 €).
3. Die Stelle „Leitung der Kommunalverwaltung“ wird im Stellenplan Teil B unter dem Kostenträger 11110100 „Hauptamt“ bei der Entgeltgruppe 12 TVöD herausgenommen und bei der Entgeltgruppe 14 TVöD ausgewiesen (Personalkosten 9.000 €).
4. Die Stelle des Fachdienstleiters Ordnungsverwaltung wird im Stellenplan Teil B unter dem Kostenträger 12200201 „Ordnungsamt“ bei der Entgeltgruppe 10 TVöD herausgenommen und bei der Entgeltgruppe 12 TVöD ausgewiesen (Personalkosten 16.400 €).

Adäquat ist zu Punkt 3 anstelle der Entgeltgruppe 14 TVöD auch eine gleichgelagerte Beamtenstelle möglich.

Dem Stellenplan wird mit den vorgenannten Änderungen zugestimmt.

Der Beschluss wurde mit 28 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gefasst.

Ergebnishaushalt:

Zum Produkt 313001 „Flüchtlingshilfe“ stellte die NPD-Fraktion folgenden Antrag:

Die Mittel für das Sachkonto 6993180 „Aufwand für Integration“ in Höhe von 47.500 Euro werden gestrichen.

Der Antrag wurde mit 4 Ja-, 31 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Zum Produkt 313001 „Flüchtlingshilfe“ stellte die NPD-Fraktion folgenden Antrag:

Die Mittel für das Sachkonto 6139000 „Sonstige weitere Fremdleistungen“ in Höhe von 4.275 Euro werden gestrichen.

Der Antrag wurde mit 4 Ja-, 31 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Zum Produkt 365110 „Kinder- und Schülerbetreuung“ stellte die FWG-Fraktion folgenden Antrag:

Der Betrag zur Förderung des Nepomuk (SK 7128050) wird von 52.000 Euro um 26.000 Euro auf 26.000 Euro reduziert.

Die CDU-Fraktion beantragte hierzu das 1. Halbjahr 2018 (26.000 €) auszuführen und das 2. Halbjahr 2018 (26.000 €) mit einem Sperrvermerk zu versehen, welcher dann zur Aufhebung kommt, wenn Nepomuk innerhalb von 3 Monaten folgendes darlegt:

1. Beitragsanpassung an des Niveau der Grundschule
2. Aufnahmebedingung eines Schülers sind außergewöhnliche Schulprobleme/familiäre Probleme
3. Detaillierte Ausgaben- und Einnahmenjahresabrechnung, Personalschlüssel/Aufschlüsselung der Elternbeiträge

Die FDP-Fraktion stellte darauf folgenden Antrag:

Der Planansatz für den Nepomuk bleibt ohne Sperrvermerk bestehen.

Folgende Auflagen müssen vom Trägerverein des Nepomuk bis zu den Sommerferien 2018 erfüllt sein:

1. Die Beitragsanpassung erfolgt analog der Regelung der Grundschule.
2. Aufstellen klarer, überprüfbarer Regeln zur Aufnahme von Kindern, die der Förderung des Nepomuk bedürfen (z.B. durch „Empfehlung“ von Lehrern der betreffenden Schule); Prioritäten müssen festgelegt werden (wichtig für Wartelisten).
3. Verweildauer im Nepomuk muss in Abständen geprüft werden, um auch „Nachrückern“ eine Chance zu geben.
4. Es muss eine transparente, nachvollziehbare Haushaltsführung durch den Trägerverein geben, analog z.B. dem Trägerverein des Waldkindergartens.

Auf Antrag der CDU-Fraktion fand anschließend eine Sitzungsunterbrechung von sechs Minuten statt.

Die CDU-Fraktion zog anschließenden ihren Antrag zurück und stellt gleichzeitig den Ergänzungsantrag, dass der Antrag der FDP-Fraktion mit einem Sperrvermerk für 26.000 Euro versehen wird.

Es wurden anschließend folgende Beschlüsse gefasst:

Der Antrag der FWG-Fraktion wird mit 10 Ja-, 18 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion (Antrag FDP + Sperrvermerk über 26.000€) wird mit 18 Ja-, 18 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 23 Ja, 13 Nein (angenommen)

Anschließend wurde auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses folgender Beschluss zum Ergebnishaushalt gefasst:

Produkt 111001 „Gemeindliche Gremien“ (Seite 68)

Aufgrund besserer Übersichtlichkeit sollten die Mittel für die Ortsteilbudgets

auf einem separaten Sachkonto ausgewiesen werden.
Im HH-Planentwurf sind aktuell 8.200 € unter dem Sachkonto 6993000 „übrige sonstige betriebliche Aufwendungen“ dafür eingeplant.
Unter dem neu zu bildenden Sachkonto 6780001 „Budgetmittel für die Ortsbeiräte“ sind 8.650 € einzustellen.
Der Planansatz beim Sachkonto 6993000 ist auf 475 € zu reduzieren.

Auf Seite 69 sind unter Erläuterung zu Sachkonto 6780000 der Sperrvermerk aufzuheben und der Erläuterungstext zu Sachkonto 6869000 zu streichen.

Produkt 111101 „Verwaltungssteuerung, Hauptamt“ (Seite 74)

Entsprechend der vorgesehenen Stellenplanänderung beim Hauptamt (Differenz E 12/E 14 TVöD) ergeben sich nachfolgende Änderungen der Planansätze in 2018:

Sachkonto 6201000: Erhöhung um 7.000 € (KTR 11110100)

Sachkonto 6470000: Erhöhung um 600 € (KTR 11110100)

Sachkonto 6401000: Erhöhung um 1.400 € (KTR 11110100)

Produkt 121001 „Durchführung von Wahlen und Statistiken“ (Seite 110)

Aufgrund des zunehmenden Aufwandes bei der Durchführung von Wahlen soll darüber nachgedacht werden, den Wahlvorständen künftig höhere Entschädigungen auszus zahlen.

Produkt 122002 „Ordnungsangelegenheiten“ (Seite 122)

Entsprechend der vorgesehenen Stellenplanänderung beim Ordnungsamt (Differenz E 10/E 12 TVöD) ergeben sich nachfolgende Änderungen der Planansätze in 2018:

Sachkonto 6201000: Erhöhung um 12.800 € (KTR 12200201)

Sachkonto 6470000: Erhöhung um 1.000 € (KTR 12200201)

Sachkonto 6401000: Erhöhung um 2.600 € (KTR 12200201)

Auf der Seite 170 „unten“ ist der Erläuterungstext zu Sachkonto 6010100 zu streichen.

Bei der Produktbeschreibung auf Seite 193 ist bei „Kennzahlen“ für das Jahr 2016 die Anzahl noch einzutragen.

Produkt 365010 „Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten“ (Seite 200)

Entsprechend der vorgesehenen Stellenplanänderung für die zwei zusätzlichen Stellen für Erzieher//innen ergeben sich nachfolgende Änderungen der Ansätze für 2018:

Sachkonto 6201000: Erhöhung um 61.400 € (KTR 36501010)

Sachkonto 6470000: Erhöhung um 5.000 € (KTR 36501010)

Sachkonto 6401000: Erhöhung um 12.200 € (KTR 36501010)

Bezüglich der Busbeförderung der Kinder zur KiTa Lindheim ist die Auslastung zu ermitteln und die Aufstellung an Bürgermeister Syguda und die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses weiter zu reichen.

Produkt 365110 „Kinder- und Schülerbetreuung“ (Seite 212)

Beim Sachkonto 7128000 „Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche“ soll der Zuschuss für den Waldkindergarten in 2018 auf 25.000 € aufgestockt werden.

Der Waldkindergarten erhält einen Zuschuss in Höhe von 10.000,00 Euro.

Die restlichen 15.000,00 € werden mit einem Sperrvermerk versehen, bis das

Jahresendergebnis des Waldkindergartens vorliegt.

Der Gesamtansatz bei diesem Sachkonto ist deshalb von 40.000 € um 10.000 € auf 50.000 € zu erhöhen.

Produkt 367010 „Förderung der Wohlfahrtspflege, soziale Einrichtungen“ (Seite 220)

Im Erläuterungstext ist bei Sachkonto 7128000 der „Frauennotruf (600 €)“ noch hinzuzufügen.

Produkt 511010 „Aufgaben im Rahmen der Orts- und Regionalplanung“ (Seite 236)

Aufgrund aktueller Mitteilung der Bauabteilung sind unter dem Sachkonto 6166100 „Wartungskosten Software“ die angesetzten Mittel nicht ausreichend. Der Planansatz ist hier von 14.250 € um 1.750 € auf 16.000 € zu erhöhen.

Produkt 551010 „Unterhaltung der Park- und Gartenanlagen“ (Seite 281)

Für die Anschaffung von Hundekotbeutel im Haushaltsjahr 2018 ist der Planansatz beim Sachkonto 6063000 „Materialaufwand für Einrichtungen und Ausstattungen“ von 1.425 € um 1.000 € auf 2.425 € zu erhöhen.

Produkt 555110 „Leistungen im Rahmen der Forstwirtschaft“ (Seite 310)

Über den Waldwirtschaftsplan hatte die Gemeindevertretung bereits Beschluss gefasst und eine Entnahme aus der Waldrücklage in den allgemeinen Haushalt in Höhe von 220.000 € vorgesehen. Unter dem neuen Sachkonto 5486000 „Kostenerstattungen aus sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen“ ist der Betrag in Ansatz zu bringen.

Produkt 571010 „Leistungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung“ (Seite 320)

Beim Sachkonto 6861000 „Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit“ ist der Aufwand für die Zeitschrift „Bürgernah“ auf 6.000 € zu reduzieren. Der Gesamtansatz für dieses Sachkonto ist demzufolge von 20.900 € um 6.900 € auf 14.000 € zu reduzieren.

Produkt 575010 „Leistungen im Rahmen der Tourismusförderung“ (Seite 345)

Entsprechend der vorgesehenen Stellenplanänderung für den Bereich Tourismus (20 Std.-Stelle E 3 TVÖD) ergeben sich nachfolgende Änderungen der Ansätze in 2018:

Sachkonto 6201000: Erhöhung um 11.000 € (KTR 57501010)

Sachkonto 6470000: Erhöhung um 900 € (KTR 57501010)

Sachkonto 6401000: Erhöhung um 2.200 € (KTR 57501010)

Produkt 611010 „Gemeindesteuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen“ (Seite 350)

Aufgrund aktualisierter Zahlen im Kommunalen Finanzausgleich und bei der Einkommensteuer sind nachfolgende Änderungen der Planansätze einzupreisen:

Schlüsselzuweisung:

SK 5401010 von 3.547.000 € um 31.300 € auf 3.515.700 € reduzieren

Einkommensteuer:

SK 5500100 von 7.000.000 € um 150.000 € auf 7.150.000 € erhöhen

Kreisumlage:

SK 7354100 von 5.507.000 € um 10.800 € auf 5.496.200 € reduzieren

Schulumlage:

SK 7354200 von 2.416.000 € um 4.600 € auf 2.411.400 € reduzieren

Dem Ergebnishaushalt wird mit den vorgenannten Änderungen zugestimmt.

Der Beschluss wurde mit 31 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

Haushaltssatzung:

Der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen zugestimmt.

Der Beschluss wurde mit 28 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen gefasst.

18/0302

Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018 der Gemeindewerke Altstadt

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Investitionen:

Zur Investition 7.90033 „Ersatzauto Ford Connect“ (Seite 403) ist vor Ausschreibung alternativ ein Elektrofahrzeug anzufragen ist.

Dem vorliegenden Investitionsprogramm der Gemeindewerke Altstadt wird zugestimmt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Erfolgspläne:

Den vorliegenden Erfolgsplänen der Gemeindewerke Altstadt wird zugestimmt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Wirtschaftsplan:

Dem vorliegenden Wirtschaftsplan der Gemeindewerke Altstadt wird zugestimmt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

18/0303

Teilfortschreibung des städtebaulichen Rahmenplanes von 1983 für den Bereich „Vogelsbergstraße“ im Ortsteil Altstadt

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altstadt vertagt.

18/0304

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:
Anwendung des Trennverfahrens bei der Abwasserentsorgung im
Neubaugebiet Oberau-Süd Teil III

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.

18/0305

Flächennutzungsplanänderung „Oberau-Süd Teil III“ in der Gemarkung
Oberau

1. Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen
Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2)
BauGB
2. Feststellungsbeschluss der Änderung des Flächennutzungsplanes
3. Vorlage der Flächennutzungsplanänderung zur Genehmigung beim
Regierungspräsidium Darmstadt

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.

18/0306

Bebauungsplan Nr. 71 „Oberau-Süd Teil III“ der Gemeinde Altenstadt im
Ortsteil Oberau

1. Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen
Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2)
BauGB
2. Beschlussfassung des Planentwurfes als Satzung gemäß § 10
BauGB und zur integrierten Orts- und Gestaltungssatzung gemäß §
81 (3) HBO i.V.m. § 9 (4) BauGB
3. Bekanntmachung des Bebauungsplanes nach § 10 (3) BauGB

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.

18/0307

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 69 „Die Beune Teil II“ vom 16.10.2015

1. Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen
Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2)
BauGB
2. Beschlussfassung des Planentwurfes als Satzung gemäß § 10
BauGB und zur integrierten Orts- und Gestaltungssatzung gemäß
§ 81 (3) HBO i.V.m. § 9 (4) BauGB
3. Bekanntmachung des Bebauungsplanes nach § 10 (3) BauGB

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.

- 18/0308 Neuwahl eines/einer Schöffen/in für das Ortsgericht Altenstadt
Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.
- 18/0309 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Gemeindewerke Altenstadt
Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.
- 18/0310 Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Friedhofes Höchst zur Baurechtschaffung für den Neubau des Feuerwehrhauses Höchst; Aufstellungsbeschluss nach § 2 (1) BauGB
Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.
- 18/0311 Aufstellung eines Bebauungsplanes zum Neubau des Feuerwehrhauses Höchst; Aufstellungsbeschluss nach § 2 (1) BauGB
Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.
- 18/0312 Vergabe eines Bauabschnittes des Neubaugebietes „Oberau-Süd Teil III“ an einen Bauträger
Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.
- 18/0313 Verlagerung des REWE Marktes in Altenstadt
Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.
- 18/0314 Bedarfsplanung für die Kindertagesstätten in Altenstadt und Festlegung der weiteren Platzbeschaffung
Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.

18/0315 Ergänzung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Altenstadt

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.

18/0316 Antrag der NPD-Fraktion: Prüfungsauftrag zur Nutzung der Wohncontainer für Jugend- und Vereinsarbeit

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.

18/0317 Antrag der CDU-Fraktion: Hinwirkung auf Änderung der Betreuungszeiten an der Janusz-Korczak-Schule

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.

18/0318 Anfragen aus der Gemeindevertretung

1. Es wurde sich dafür bedankt, dass die Zusage für die Lieferung des Baumstamms auf den Spielplatz und Bolzplatz Lindheim vorliegt. Es wird in diesem Zusammenhang noch nach dem Erdhügel angefragt, welcher ebenfalls gewünscht wird.
Bürgermeister Syguda teilte hierzu mit, dass kein Erdhügel auf dem Spielplatz geplant sei. Die Gründe hierfür werden nachgeliefert.
2. Es wurde zu dem Sachstand „Verkehrssicherheit vor den Schulen (ADAC)“ angefragt.
Bürgermeister Syguda teilte mit, dass hier nach wie vor der Schulwegeplan der Janusz-Korczak-Schule fehlt, welcher Grundlage für das weitere Vorgehen in dieser Sache ist. Mit Polizei, ADAC, Schulleitungen und Elternvertretern sollen dann die Punkte hinsichtlich der Verkehrssicherheit vor den jeweiligen Schulen besprochen werden.
3. Es wurde nach dem Sachstand zu dem Neuabschluss der Verträge mit JJ angefragt.
Bürgermeister Syguda teilte mit, dass der Gemeindevorstand die Verträge beschlossen hat. JJ führt bis 2020 die kommunale Jugendarbeit sowie die Flüchtlingsbetreuung in Altenstadt fort. Weiterhin bietet Bürgermeister Syguda an, dass Frau Hinz von JJ ihr Konzept der Jugendbetreuung in der Gemeindevertretung bzw. im Ausschuss für Sport, Kultur und Soziales vorstellen könne.
4. Zum Kinder- und Jugendrat wurde mitgeteilt, dass Frau Baumann in Kürze einen Termin mit der Schulleitung haben wird. Die Klasse, an die das Projekt herangetragen wurde, steht jetzt vor dem Abitur. Das Projekt soll jetzt in der Schule breiter aufgestellt werden, damit es zur Umsetzung kommt.

5. Es wurde nach dem Sachstand zur Cybersicherheitsuntersuchung angefragt.
Bürgermeister Syguda erläuterte hierzu, dass die ekom21 die Untersuchung durchgeführt hat und derzeit die Analyse und Bewertung durchführt.
6. Es wurde angefragt, ob in den Sommerferien 2018 Ferienspiele geplant sind.
Bürgermeister Syguda bestätigte dies und führte aus, dass diese sogar mit einem größeren Angebot als sonst stattfinden.
7. Es wurde zum Heringessen der CDU am 14.02.2018 ab 19 Uhr im Gemeinschaftshaus Waldsiedlung eingeladen.
8. Es wurde zum Kinderfasching der SPD 04.02.2018 in der Altenstadthalle eingeladen.
9. Es wurde zum Grünkohlessen der FWG am 16.02.2018 in der Gymnastikhalle Höchst eingeladen.
10. Zur Anfrage Nr. 3 wurde angefragt ob es richtig ist, dass Verträge durch den Gemeindevorstand beraten, beschlossen und abgeschlossen werden und nicht durch die Gemeindevertretung.
Dies bestätigte Bürgermeister Syguda.
11. Vorsitzender Seitz teilte mit, dass die nächste geplante Sitzung der Gemeindevertretung am Freitag, den 02.03.2018 um 20 Uhr im Gemeinschaftsraum der Altenstadthalle stattfindet.

Ende der Sitzung: 23:07 Uhr

63674 Altenstadt, den 02. Februar 2018



-Imhof-
Schriftführer

-Seitz-
Vorsitzender der
Gemeindevertretung